

SERAPS WOCHE



INHALTSVERZEICHNIS

SOLIDARITÄT MIT ISRAEL

**BEZAHLKARTEN EINFÜHREN –
SACHLEISTUNGSPRINZIP
KONSEQUENT UMSETZEN**

**ZEIT STREITGESPRÄCH ZUM
TERRORANSCHLAG IN ISRAEL**

ÖFFENTLICHE DEBATTE



SERAP GÜLER



SGUELER



SERAPGUELER

Liebe Parteifreunde, sehr geehrte Damen und Herren,

Die Sitzungswoche des Deutschen Bundestags steht im Zeichen der Welle des Terrors, die Israel seit den frühen Morgenstunden des 7. Oktobers erschüttert. **Mehr als 1000 Israelis wurden durch die Terrororganisation Hamas ermordet, tausende Menschen sind verletzt und eine noch unbestimmte Anzahl an Geiseln wurde nach Gaza verschleppt. Was unsere politische Antwort darauf ist, lesen Sie in dieser Aufgabe.**

Darüber hinaus haben wir uns mit der steigenden Anzahl der Flüchtlinge beschäftigt. **Wir fordern die Einführung von Bezahlkarten und die Umsetzung des Sachleistungsprinzips.**

Ansonsten finden Sie in dieser Ausgabe **mein Streitgespräch in der ZEIT, in dem ich mit Gregor Gysi darüber rede, was aus deutscher Sicht nach dem Terrorangriff der Hamas jetzt politisch geboten ist. Deutsche Staatsräson bedeutet, für die Sicherheit aller Jüdinnen und Juden zu sorgen.**

Auch darüber, inwiefern Deutschland militärisch helfen kann, habe ich mit dem SWR gesprochen. Den Link dazu finden Sie wie gewohnt am Ende. Ich freue mich auf Ihre Rückmeldung!

Für das Interesse an meiner Arbeit danke ich herzlich und übersende beste Grüße an Sie.

Solidarität mit Israel

Die Sitzungswoche des Deutschen Bundestags steht im Zeichen der Welle des Terrors, die Israel seit den frühen Morgenstunden des 7. Oktobers erschüttert. Mehr als 1000 Israelis wurden durch die Terrororganisation Hamas ermordet, tausende Menschen sind verletzt und eine noch unbestimmte Anzahl an Geiseln wurde nach Gaza verschleppt.

In der Fraktionssitzung am Dienstag begrüßten wir S.E. Ron Prosor, Botschafter des Staates Israel in Deutschland. Für Donnerstag ist eine Regierungserklärung zur Lage in Israel mit anschließender Aussprache geplant. In diesem Zusammenhang will der Deutsche Bundestag einen gemeinsamen Entschließungsantrag der Ampel-Fraktionen und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschließen, in welchem die Solidarität mit Israel zum Ausdruck kommt. Bereits am Donnerstagnachmittag werden wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss den vorläufigen Stopp aller direkten und indirekten Zahlungen an die palästinensischen Gebiete beantragen, denn die Geldflüsse aus Europa in diese Gebiete muss dringend auf den Prüfstand gestellt werden.

Die Sicherheit Israels ist für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Staatsräson. Wir verurteilen den abscheulichen und menschenverachtenden Terrorangriff der Hamas auf den Staat Israel und seine Bevölkerung. Wir trauern gemeinsam mit den Familien der Opfer. Die israelische Bevölkerung hat ein Recht darauf, frei von Terror, Angst und Gewalt zu leben. Wir stehen mit voller Solidarität an der Seite des Staates Israel und seiner Bürgerinnen und Bürger. Dazu zählt selbstverständlich, dass wir Israel bei der Ausübung seines völkerrechtlich verbrieften Rechts auf Selbstverteidigung zur Seite stehen.

Deutschland hat aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung gegenüber dem jüdischen Staat Israel. Dazu gehört auch unmissverständlich klarzumachen, dass denjenigen, die auf den Straßen.

Deutschlands Gewalt gegen Zivilisten und die Ermordung unschuldiger Kinder, Frauen sowie Männer zelebrieren, mit der vollen Härte des Rechtsstaats begegnet wird. Die Verherrlichung von Gewalt ist nicht durch die Meinungsfreiheit im Sinne des Grundgesetzes gedeckt. **Die beschämenden Vorgänge auf den Straßen Berlin-Neuköllns und auch andernorts müssen unverzüglich aufgeklärt und strafrechtlich geahndet werden. Nichtdeutsche Staatsbürger, die rechtskräftig verurteilt werden, müssen des Landes verwiesen werden.**

Wir fordern außerdem, dass alle direkten und indirekten Zahlungen Deutschlands und der Europäischen Union in die palästinensischen Gebiete sofort gestoppt und mit kritischem Maßstab einer Prüfung unterzogen werden. Geld kann zukünftig nur erhalten, wer sich zweifelsfrei vom Terror distanziert und die Existenz Israels unmissverständlich anerkennt.



Bezahlkarten einführen – Sachleistungsprinzip konsequent umsetzen

Der aktuelle Flüchtlingszustrom bringt Deutschland an seine Belastungsgrenze. Die Kommunen sind mit der aktuellen Situation überfordert. Gleichzeitig nimmt die Akzeptanz der Bevölkerung für die Aufnahme weiterer Asylsuchender zunehmend ab. Wir wollen die Anreize für eine ungesteuerte Migration nach Deutschland senken. Die hohen Sozialleistungen für Asylbewerber sind ein Grund, der dazu beiträgt, dass übermäßig viele Asylsuchende einen Aufenthalt in Deutschland gegenüber einem Aufenthalt in einem anderen EU-Mitgliedsstaat bevorzugen. Um Anreize zu verringern, sollten Bargeldzahlungen von Leistungen so weit wie möglich vermieden werden. Sofern möglich sollten deshalb Leistungen in erster Linie als Sachleistungen für die Leistungsberechtigten angeboten werden. **Mit unserem Antrag – den wir in dieser Woche in erster Lesung beraten – greifen wir deshalb einen Vorschlag aus dem Freistaat Bayern auf, für Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eine bargeldlose Bezahlkarte einführen. Somit wird eine angemessene, praktikable und gerechte Balance zwischen Sach- und Geldleistungen geschaffen, die eine Basis für eine breite Akzeptanz in der Gesellschaft sein kann.** Gleichzeitig wäre die Einführung einer solchen Bezahlkarte eine konsequente Weiterentwicklung des Sachleistungsprinzips. Eine Integration in die Gesellschaft wird durch die Bezahlkarte nicht behindert. Der Vorschlag findet auch weitere Zustimmung: 69 Prozent der Deutschen sind laut einer INSA-Studie dafür, dass Asylbewerber eher Sach- statt Geldleistungen erhalten.

Besuch aus dem Wahlkreis in Berlin!



Habe mich sehr über den Besuch aus meinem Wahlkreis gefreut! Und natürlich über den Karnevalsorden der Prinzen Garde!



ZEIT STREITGESPRÄCH ZUM TERRORANSCHLAG IN ISRAEL

In der aktuellen Ausgabe der **ZEIT** streite ich mit Gregor Gysi darüber, was aus deutscher Sicht nach dem Terrorangriff der Hamas jetzt politisch geboten ist. Deutsche Staatsräson bedeutet, für die Sicherheit aller Jüdinnen und Juden zu sorgen. **Es ist unsere historische Pflicht. Wir können und sollten mehr tun.**

Sollen wir die Hilfe stoppen?

Kein Geld mehr an die Palästinenser, fordert die CDU-Politikerin Serap Güler und kritisiert Linke wie Gregor Gysi. Der widerspricht: Mehr materielle Not werde die Menschen weiter radikalisieren

DIE ZEIT: Deutschland hat nach Angaben der Bundesregierung für dieses und das kommende Jahr 250 Millionen Euro an Entwicklungshilfe für die Palästinenser zugesagt. Finanzieren wir damit den Terror gegen Israel, Frau Güler?

Serap Güler: Der Verdacht steht im Raum, ja. Deshalb ist es richtig, dass die Entwicklungsministerin nun gesagt hat, dass die Hilfestellungen erst einmal sorgfältig geprüft werden. Wenn herauskommt, dass der Verdacht zutrifft, müssen diese Zahlungen umgehend gestrichen werden. Bis zum Abschluss dieser Prüfung darf kein Geld aus Deutschland in die palästinensischen Gebiete fließen.

Gregor Gysi: Da wäre ich ein bisschen vorsichtiger. Wir müssen natürlich sicherstellen, dass das Geld nicht in die falschen Hände gerät. Ich bin aber absolut dagegen, alle Zahlungen einzustellen. Das gilt vor allem für das Westjordanland, wo nicht die radikalislamische Hamas regiert, sondern Palästinensenpräsident Mahmud Abbas mit seiner moderateren Fatah-Bewegung. Wenn wir Gelder streichen und es Leuten schlechter geht, werden auch sie sich radikalieren und möglicherweise der Hamas anschließen. Das kann doch wirklich nicht die Lösung sein!

Güler: Wie will man denn in dieser katastrophalen Situation von außen sicherstellen, dass mit unserem Geld wirklich die Zivilbevölkerung unterstützt wird? Dafür fehlt mir die Fantasie. Ich bin dafür, dass wir alle Zahlungen mit Israel abstimmen. Wir sollten die Gelder an die israelische Regierung überweisen, damit diese entscheiden kann, welche Einrichtungen und Organisationen weiterhin unterstützt werden können. Das wäre jetzt das richtige politische Signal! Wir müssen deutlich machen, auf welcher Seite wir stehen. Ansonsten können wir die Sonntagsreden auch bleiben lassen, in denen wir das Existenzrecht Israels als Teil der deutschen Staatsräson bekräftigen.

Gysi: Das Existenzrecht Israels ist deutsche Staatsräson, daran gibt es doch überhaupt keine Zweifel. Trotzdem müssen wir die einfache Bevölkerung unterstützen. In den palästinensischen Gebieten gibt es über 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vereinten Nationen. Auf die können wir uns verlassen. Sie müssen dafür sorgen, dass es auch weiterhin Geld für medizinische Geräte und Medikamente gibt und nichts für den Erwerb von Waffen oder Kriegsgerät abgezweigt wird.

Güler: Ich bin mir nicht sicher, ob die Vereinten Nationen in dieser Frage noch objektiv urteilen. Haben Sie, Herr Gysi, denn nicht gesehen, was in dieser Woche in den UN passiert ist?

ZEIT: Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat zwei Schweigen abgehört: eine, von den USA eingebracht, für die Opfer des Terrors der Hamas – aber auch eine, von Pakistan initiiert, für den »Ver-

lust von unschuldigen Menschenleben im besetzten palästinensischen Gebiet und anderswo».

Güler: Dort wurde der Eindruck erweckt, dass nicht mehr klar sei, wer Opfer ist und wer Täter. Für mich aber ist das völlig klar. Ich verlasse mich in dieser Frage auf Israel.

Gysi: Aber eine Beschimpfung der Vereinten Nationen hilft uns jetzt nicht weiter! Und übrigens: Israel ist auch nicht objektiv.

Güler: Das ist keine Beschimpfung, Herr Gysi. Ich habe Kritik geäußert, die aus meiner Sicht vollkommen angebracht ist.

ZEIT: Die Frage bleibt: Sind die Menschen in Gaza miteverantwortlich für die Verbrechen der Hamas?

Gysi: Natürlich sind sie miteverantwortlich. Sie haben die Hamas gewählt, wobei man sagen muss, dass die jüngsten Wahlen schon sehr lange her sind. Trotzdem darf man die Zivilbevölkerung nicht einfach leiden lassen. Kriege werden immer oben beschlossen, es gab keine Volksabstimmung über die Terrorangriffe. Und man sollte nicht vergessen: Auch die deutsche Bevölkerung war miteverantwortlich für die Verbrechen der Nationalsozialisten, dennoch wurde auch uns nach 1945 geholfen. Keiner hat gesagt: Ihr seid schuld an den Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs, also schaut mal, wie ihr klarkommt. Es ist immer wichtig, zwischen Macht-habern und Zivilbevölkerung zu unterscheiden.

Güler: Zur Strategie der Terroristen der Hamas hat aber immer gehört, die Zivilbevölkerung als Schutzschirm zu missbrauchen. Wie wollen Sie dieses Problem denn lösen?

Gysi: Die Hamas hat ein Interesse an der Eskalation. Sie will, dass die israelische Armee in Gaza einmarschiert. Es soll Tote und Verletzte geben, damit die Weltöffentlichkeit Israel die Unterstützung entzieht. Wir müssen höllisch aufpassen, dass dieses Kalkül nicht aufgeht.

ZEIT: Erleben wir gerade eine Zäsur? Muss die Bundesregierung ihr Verhältnis zu Palästina überdenken?

Güler: Unbedingt. Ich erinnere mich noch gut an die gemeinsame Pressekonferenz des Bundeskanzlers mit Mahmud Abbas in Berlin im August 2022. Abbas hat dort öffentlich den Holocaust gezeugnet, ohne dass Olaf Scholz widersprochen hätte. Das war ein schreckliches Bild, das Deutschland da vor der Welt abgeliefert hat.

Gysi: Der Holocaust-Vergleich von Abbas war indiskutabel. Scholz hat ihn am nächsten Tag zurückgewiesen. Aber das war natürlich zu spät. Das hätte er gleich machen müssen. Das Problem ist doch ein anderes: Wir haben Abbas nie die Möglichkeit gegeben, Erfolge vorzuweisen, deshalb hat sich die Bevölkerung in den palästinensischen Gebieten radikalisiert. Ich möchte nicht missverstanden werden: Das Existenzrecht Israels ist für

mich nicht verhandelbar, und das Land hat nach dem aktuellen Verbrechen das Recht, sich zu wehren. Ich hoffe nur, dass dabei das Prinzip der Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt.

ZEIT: Ist dieses Prinzip Ihrer Meinung nach gewahrt?

Gysi: Im Augenblick schon. Und ich glaube auch, dass die israelische Regierung bei ihren Gegenmaßnahmen darauf achten wird. Aber wenn es verletzt würde, muss man auch den Mut haben, das zu kritisieren. Aber bitte nicht jetzt schon, sondern erst, wenn es wirklich passiert.

Güler: Entschuldigung, Herr Gysi, aber nach diesem Wochenende über Verhältnismäßigkeit zu sprechen, klingt für mich ein bisschen so, als wür-

Geld für die Palästinenser

250 Millionen Euro hat Deutschland 2023/24 für die Palästinensergebiete zugesagt: je zur Hälfte für bilaterale Entwicklungsprojekte sowie für das UN-Hilfswerk für Palästinäflüchtlinge im Nahen Osten. Das Auswärtige Amt gibt weitere 72 Millionen Euro für humanitäre Hilfen. Derzeit fließt kein Geld, es werde alles auf den Prüfstand gestellt, sagt Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD).

den Sie den Terror relativieren. Dafür fehlt mir das Verständnis. Was muss denn noch passieren? Gerade ereignet sich der größte Massenmord an Juden seit dem Holocaust. Jetzt gilt: Israel hat das Recht auf Selbstverteidigung. Und wir sollten dem Land keine Ratschläge erteilen.

Gysi: Ich lasse mir nicht vorstellen, dass ich den Terror relativiere! Das habe ich doch ausdrücklich gesagt. Aber wenn Netanyahu sagt, dass der Nahe Osten hinterher völlig anders aussehen werde als jetzt, wüsste ich schon gerne, was er damit meint! Ich erinnere auch daran, dass Abbas Neuwahlen in Gaza angeboten hat, was Netanyahu abgelehnt hat.

Güler: Es hilft uns nicht weiter, jetzt in der Vergangenheit zu wühlen. Sondern wir müssen deutlich machen, dass unsere Solidarität nicht nur aus Worten, sondern auch aus Taten besteht. Was können wir konkret militärisch für Israel tun? Darüber habe ich von Scholz und auch von Annalena Baerbock bisher viel zu wenig gehört.

Gysi: Mit dem Export von Rüstungsgütern habe ich immer aus ganz anderen Gründen Probleme im Fall unseres Landes, aber ich finde auch, dass

die Bundesregierung zu zögerlich agiert. Sie führt einen Eieranzug auf. Das geht mir auf die Nerven.

ZEIT: Linke wie der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis sagen, die eigentliche Ursache der Gewalt sei der israelische »Apartheidstaats«. Was sagen Sie dazu?

Gysi: Das ist jetzt völlig unpassend. Es wird wieder eine Zeit kommen, in der man sich für die Rechte der Palästinenserinnen und Palästinenser unbedingt einsetzen muss. Aber jetzt geht es um Israel.

Güler: Ich bin froh, dass Sie in dieser Frage so klar sind, Herr Gysi. Aber andere Linke sind es nicht. Sie vertreten da eine Einzelmeinung. Schon im Jahr 2021 nach den massiven Raketenangriffen der Hamas hat Ihre Partei versucht, die Gewalt zu relativieren. Es ist das immer gleiche Spiel: Ihre Partei verurteilt die Gewalt, sagt aber immer wieder, dass das ja alles seine Vorgeschichte habe. Und diese Vermischung macht deutlich, dass es viele – nicht nur in der Linken, sondern auch in der Bevölkerung – gibt, die hier zu relativieren versuchen. Jetzt muss ganz klar sein, dass wir als Deutschland an der Seite Israels stehen.

ZEIT: Hat die europäische Linke die Gefahr unterschätzt, die von der Hamas ausgeht, Herr Gysi?

Gysi: Ja, das ist wohl so. In der Linken betrachtet man Israel als einen sehr mächtigen Staat. Die Israelis leben in relativem Wohlstand, und die Deutschen fahren dorthin gern in den Urlaub. Wenn man dann in die Palästinensergebiete schaut, ist die Situation ganz anders. Die Leute dort leben in ärmlichen und benachteiligten Verhältnissen. Und die Linken sind nun mal auf der Seite der Unterdrückten.

ZEIT: Gleichzeitig erleben wir ja in Israel einen gewaltigen Rechtsruck.

Gysi: Den sehen wir überall: bei uns in Deutschland, in Europa, in den USA. Das macht mir große Sorgen. Es wird Zeit, dass sich die demokratischen Kräfte zusammenschließen, um das Vertrauen in die etablierte Politik wieder zu erhöhen. Der stärker werdende Nationalismus überall ist unerträglich.

ZEIT: Ist die Freude der Hamas-Unterstützer in Deutschland eine Folge dieses Rechtsrucks in Israel?

Güler: In diese Falle dürfen wir nicht tappen. Gerade wird ja versucht, den muslimischen Antisemitismus und Israelhass durch die rechte Regierung von Netanyahu zu erklären. Aber nein, dass Menschen in Neukölln Süßigkeiten verteilen,

dass nun auf Demos »Free Palestine« oder »Tod den Juden« gerufen wird, ist durch nichts gerechtfertigt. Das ist ein entscheidender Punkt! Die aktuelle Gewalt hat nichts mit der Lage der Palästinenser zu tun, sie darf nicht mit der Kritik an der Siedlungspolitik und einer rechtsgerichteten Regierung in Israel vermischt werden. Es gibt ja auch in Israel Hunderttausende Men-

schen, die dagegen und gegen die Justizreform seit Monaten auf die Straße gegangen sind. Ich erinnere noch einmal daran: Das Ziel der Hamas war von Anfang an, Israel zu vernichten.

ZEIT: Wie sollten wir mit muslimischen Verbänden in Deutschland umgehen, die die Hamas unterstützen? Sollten sie verboten werden?

Gysi: Wir hätten nicht zulassen dürfen, dass Menschen muslimischen Glaubens alle in denselben Stadtvierteln wohnen. So sind ihre Strukturen erhalten geblieben. Integration hätte bedeuten: Eine Familie zieht dorthin, die andere Familie dorthin. So hätten wir unsere Werte Schritt für Schritt auch übertragen können. Stattdessen haben wir Parallelgesellschaften zugelassen. Das war und ist falsch. Andererseits muss Antisemitismus immer schärf verurteilt werden. Und der ist auch in Deutschland verbreiteter, als man sich das vorstellen kann.

Güler: Da gebe ich Ihnen Recht, Herr Gysi. Ich habe schon 2015 auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise gesagt: Wir müssen mit allen den Menschen, die damals aus den arabischen Ländern zu uns gekommen sind, in den Integrationskursen zwingend über das Thema Antisemitismus sprechen. Darüber, dass sie unser Bekenntnis zu Israel und unsere historische Verantwortung gegenüber Israel teilen müssen.

ZEIT: Was bedeutet das konkret?

Güler: Das muss zum Beispiel ein Thema bei den Einbürgerungstests sein. Wir können uns nicht der Illusion hingeben, dass Menschen, die von ihrer Kindheit an hören, dass Israel ihr größter Feind sei, solche Einstellungen einfach abwerfen. Und ja: Wir müssen Vereine verbieten, die in der Vergangenheit immer wieder mit antisemitischen Ausfällen, mit Judenhas, mit Israelhass aufgefallen sind. In Neukölln und andernorts wurden Karten aus dem Nahen Osten verteilt, auf denen Israel nicht mehr zu sehen war. Da haben wir zu lange weggesehen. Uns bietet der Paragraf 140 des Strafgesetzbuches Möglichkeiten, da kann bei öffentlicher Friedensstörung eine Haftstrafe von bis zu drei Jahren verhängt werden. Und wir müssen auch über Ausweisungen gegenüber denen sprechen, die sich auf die Seite der Terroristen stellen.

Gysi: Dort, wo Straftaten begangen werden, müssen sie verfolgt und geahndet werden. Aber das Problem ist größer, Frau Güler. Ich hielt das damalige Urteil des Bundesverfassungsgerichts, die NPD nicht zu verbieten, für falsch. Denn wenn die einen Antisemitismus verbreiten dürfen, machen andere das dann auch. In Anbetracht unserer Geschichte müssen wir da besonders sensibel sein – vielleicht sogar sensibler als andere.

Das Gespräch moderierten
Jana Hensel und Mark Schieritz

Serap Güler, als Kind einer türkischen Gastarbeiterfamilie in Marl geboren, ist Mitglied im CDU-Bundesvorstand



Gregor Gysi, lange Fraktionschef der Linken im Bundestag, war bis September ihr außenpolitischer Sprecher



Israels Sicherheit ist deutsche Staatsräson



„
Wer Staatsräson & WeStandWithIsrael sagt, muss Worten Taten folgen lassen, sonst bleiben es Floskeln. Dazu gehören jetzt ganz konkrete außen- & innen-/integrationspolitische Maßnahmen, die umgesetzt werden müssen.

SERAP GÜLER
CDU

WAS GÜLER FORDERT

Fotografie: Fotopress | Thomas Barth

Die Nachrichten aus Israel erschüttern mich immer noch. Dieser feige Anschlag der Terrororganisation muss ohne Wenn und Aber verurteilt, die Konsequenzen gezogen werden. Meine Gedanken und Gebete sind bei den Menschen in Israel.

Außenpolitisch

Güler fordert unter anderem, dass **kein Geld mehr von Deutschland nach Palästina** fließen dürfe.

„Wenn nötig und von Israel angefragt“, müsse es auch **militärische Lieferungen** geben.

Innenpolitisch

Vor jüdischen oder Israellschen Einrichtungen in Deutschland müsse die **Polizeipräsenz verstärkt** werden.

Jegliche Verbände, Vereine oder Organisationen, die nicht bereit seien, die Anschläge als Terror zu benennen, deutlich zu verurteilen und Israels Existenzrecht anzuerkennen, dürften **keinerlei staatliche Fördergelder** mehr erhalten.

Tagesgespräch beim SWR zum Thema militärische Hilfe Israels

SWR >> / SWR2 / Leben & Gesellschaft

Tagesgespräch

CDU-Verteidigungsexpertin Güler: "Klares Ja zu Militärhilfe für Israel"

Stand: 11.10.2023, 15:45 Uhr
Von Florian Rudolph



[Hier gehts zum Interview.](#)



Allgemeiner Hinweis

Wenn Sie den Newsletter gesondert zugeschickt bekommen möchten, schreiben Sie uns gerne!
(serap.gueler@bundestag.de)